

# Regierung erklärt ihr Nein zur Förder-Frage Wartturmweg

Für den Anschluss des Wartturmwegs an die neue Saalequerung gibt es keine Mittel vom Freistaat. Das erzürnt die Hofer Stadträte – die Regierung beharrt auf ihren klaren Regeln.

Hof – Ärger, Unverständnis, kämpferische Stimmung: In der Stadtratssitzung vom Montag ist es, wie berichtet, zu einigen Unmutsbekundungen von Stadträten über alle Fraktionsgrenzen hinweg gekommen. Der Grund dafür: Im Rahmen des Großprojekts neue Saalequerung muss bekanntlich auch der Wartturmweg an den Kreisverkehr angeschlossen werden, der an der Kreuzung zur Ascher Straße (und der neuen Brücke) entstehen soll. Doch hat die Regierung von Oberfranken für jenes Teilstück keine Förderung in Aussicht gestellt. Das brachte, wie berichtet, die Räte auf die Palme: Sie forderten den Oberbürgermeister auf, nochmals bei der Regierung nachzuhaken. Die kommt ihm nun zuvor – und erklärt, woher ihr Nein kommt und warum sie dabei bleiben wird.

Zur Sache zuerst: Zum Projekt gehören bekanntermaßen die neue Saalequerung selbst, der Ausbau der Alsenberger Straße bis zur Wunsiedler Straße und ein Kreisverkehr an be-

sagter Kreuzung Ascher Straße/Wartturmweg. „Das Gesamtverkehrsprojekt Saalequerung ist sehr wohl förderfähig“, betont die Regierung. Ausgenommen ist lediglich jener kleine Abschnitt Wartturmweg: „Die Stadt Hof sieht vor, ihn durchgehend auf 30 Stundenkilometer zu beschränken und für Lkw über 7,5 Tonnen zu sperren“, fasst Regierungssprecher Jakob Daubner zusammen. „Grundvoraussetzung für eine Förderung ist aber eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die jedoch durch den Ausschluss einer Verkehrsart beziehungsweise eine durchgehende Geschwindigkeitsbeschränkung nicht gegeben ist.“

Spricht: Die Stadt macht ihren eigenen Innenstadtring an jener Stelle möglichst unattraktiv für Verkehrsteilnehmer, um den Anwohnern in Sachen Lärmschutz und Verkehrsaufkommen entgegenzukommen. Allerdings gibt es für jenen Ab-

**„Gemessen an den Gesamtkosten von 15 Millionen Euro handelt es sich hierbei um einen relativ kleinen Teil von 180 000 Euro.“**

**Regierungssprecher Jakob Daubner**

schnitt daher auch keine Mittel. Die Stadt habe jene Entscheidung in eigener Abwägung getroffen, betont Daubner. Die Regierung hatte sie aber schon im Vorfeld klar darauf hingewiesen, welche Folgen das haben wird. „Die Förderfähigkeit für alle übrigen Teile des Projekts bleibt hiervon unberührt“, sagt Daubner. Und rechnet vor: „Gemessen an den Gesamtkosten von 15 Millionen Euro handelt es sich hierbei um einen relativ kleinen Teil in Höhe von etwa 180 000 Euro.“ *Christoph Plass*